

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: EG-Kompromiss - Wirtschaftssanktionen - Europäische Gemeinschaft - Ölpreise - DDR

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: EG-Kompromiss - Wirtschaftssanktionen - Europäische Gemeinschaft - Ölpreise - DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 6, pp. 265-266

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135444>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## EG-Kompromiß

### Kein Grund zum Jubeln

---

Der Streit um die britischen Zahlungen zum EG-Haushalt, der fast zum Zerfall der Gemeinschaft geführt hatte, konnte in letzter Minute beigelegt werden. London, das seine Karten bis zum letzten ECU ausgereizt hatte, mußte zähneknirschend ein für die zwei kommenden Jahre nur um etwa 50 Mill. £ höheres Angebot als in Luxemburg als „Zwischenlösung“ akzeptieren und stimmte im Gegenzug der von ihm bisher blockierten Agrarpreiserhöhung um 5 % zu. Bonner „Nachgefechte“ über die Deckung der auf die Bundesrepublik zukommenden Lasten schienen diesen Kompromiß zwar noch einmal zu gefährden. Sie waren aber wohl mehr (wahl-)taktischer Natur, und es konnte ernstlich kein Zweifel daran bestehen, daß die Bundesregierung in dieser Krisensituation den Kompromiß aus politischen Gründen billigen würde.

Zum Jubeln besteht jedoch kein Grund. Denn der Kompromiß stellt lediglich eine Opportunitätslösung dar und beseitigt die Ursachen des Streits keineswegs, die in der verfehlten Agrarpolitik liegen. Einst als Klammer der Integration gepriesen, hat sie sich immer mehr zum Sprengsatz entwickelt, indem sie einen Keil zwischen die zahlenden und profitierenden Staaten schob und sich aufgrund der Interventions- und Preisanhebungspraxis kostenmäßig zu einem, wie kritisch formuliert wurde, „geschlossenen System des Unsinn“ entwickelte. Zu wünschen ist, daß die Finanzminister künftig ein gewichtiges Wort bei den Agrarpreiserhöhungen mitsprechen und die Agrarminister stärker bremsen. Sonst wären auch die für die Bundesrepublik drohenden Steuererhöhungen ein sinnloses Opfer. kr

---

## Wirtschaftssanktionen

### Ausgehöhlte Solidarität

---

Mitte Mai hatten die Außenminister der EG-Staaten in Neapel beschlossen, unverzüglich Wirtschaftssanktionen gegen den Iran zu ergreifen, um ihre Solidarität mit den USA in der Geiselafläre zu bekunden. Im wesentlichen sollten der Kapitalverkehr und die Ausfuhr aller Güter außer Nahrungsmitteln und Medikamenten eingestellt sowie Transporte per Schiff, Flugzeug oder auf der Schiene unterbunden werden.

In der Zwischenzeit ist das Embargo in zunehmendem Maße aufgeweicht worden. Dabei hat sich insbe-

sondere Großbritannien hervorgetan, das zunächst zu den eifrigsten Befürwortern eines Boykotts gehörte, dann aber unter dem Druck des Unterhauses weitreichende Freistellungsklauseln einräumte. So dürfen etwa alle Kontrakte, die zwischen der Geiselnahme am 4. November und dem 30. Mai dieses Jahres abgeschlossen worden sind, erfüllt und auch weiterhin Abschlüsse getätigt werden, soweit sie auf Geschäftsbeziehungen der Vergangenheit beruhen. London scheint auch Umgehungsgeschäfte nicht verhindern zu wollen, die von anderen EG-Ländern über Großbritannien mit Iran abgewickelt werden. Auch Italien und Belgien haben inzwischen angedeutet, daß das Embargo nicht in vollem Umfang durchgeführt werde.

Die Aushöhlung des Außenministerbeschlusses erscheint für sich genommen kaum als ein großes Unglück, denn die Wirksamkeit wirtschaftlicher Boykottmaßnahmen zur Erreichung politischer Ziele ist höchst zweifelhaft. Im Falle Englands mögen hier auch die Erfahrungen mit dem gescheiterten Rhodesien-Embargo eine Rolle gespielt haben. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die EG sich wieder einmal schwertut, nationale Interessen einer gemeinsamen Zielsetzung unterzuordnen. ko

---

## Europäische Gemeinschaft

### Konsequenter Energiepolitik?

---

Bei ihrem ersten Treffen seit fünf Monaten waren sich die Energieminister der EG-Länder einig, daß die Abhängigkeit vom Importöl reduziert werden und die Gemeinschaft schnellstens einen spürbaren Beitrag zur Stabilisierung des Welterdölmarktes leisten muß. Zu einer Herabsetzung der Ölimportziele, deren Verwirklichung am ehesten zu dieser Stabilisierung beitragen würde, konnten sie sich allerdings nicht durchringen – ebensowenig wie eine Woche später die IEA-Mitglieder, denen ihr Sekretariat eine weitere Einschränkung von insgesamt 15 % bis 1985 empfohlen hatte.

Die Zurückhaltung der Gemeinschaft bei der Festlegung auf absolute Zahlen ist durchaus verständlich. Denn die Tatsache, daß sich die selbstgesteckten Ziele bisher einhalten ließen, ist zu einem großen Teil auf das verlangsamte Wachstum der Volkswirtschaften zurückzuführen und weniger auf eine konsequente Energie(spar)politik. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Politik scheint bei den Regierungen der Mitgliedsländer allerdings zu wachsen. So haben die

Minister erklärt, daß der Anteil des Erdöls am gesamten Energieverbrauch der EG in den kommenden zehn Jahren von 52 % auf 40 % gesenkt und die Elastizität des Energieverbrauchs in bezug auf das Bruttosozialprodukt weiter gedrückt werden soll.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Ministerrat einen umfangreichen Katalog von preispolitischen und gezielten Sparmaßnahmen vorgelegt, der allen Mitgliedsländern als Grundlage für entsprechende Energieprogramme dienen soll. Damit ist ein sinnvoller Anfang gemacht. Der schwierigere Teil, die Umsetzung in nationale Politik, steht noch bevor. Angesichts der labilen Lage auf dem Weltölmarkt wären die Mitgliedsländer gut beraten, die Aufgabe umgehend in Angriff zu nehmen. Andernfalls könnten sie durch die nächste Krise zu ungleich einschneidenderen Maßnahmen im Energiebereich gezwungen sein. km

### Ölpreise

#### Geringe Harmonisierungschancen

Der Welterdölmarkt bietet seit einiger Zeit ein immer unübersichtlicheres Bild. Die häufigen Preisanhebungen der Förderländer haben nicht nur das Ölpreinsniveau beträchtlich erhöht, gleichzeitig ist auch das bis Ende 1978 geltende einheitliche Preissystem, das nur Unterschiede in den Qualitäten und Transportkosten berücksichtigt, außer Kraft gesetzt worden. Mittlerweile beträgt die Preisdifferenz für Rohöl vergleichbarer Qualität bis zu 10 \$ pro Barrel, wenn man das neben den offiziellen Verkaufspreisen entstandene System der Aufschläge und Prämien berücksichtigt.

Die Abnehmer waren bisher meistens bereit, den geforderten Preis ungeachtet ihrer hohen Lagerbestände und trotz des leichten Angebotsüberhangs auf dem Weltmarkt zu zahlen – offensichtlich in der Erwartung, daß alles nur noch schlimmer werden kann. Mittlerweile beginnen sich allerdings Widerstände gegen allzu hohe Forderungen einzelner Förderländer zu regen, und auch die OPEC-Länder haben sich grundsätzlich vorgenommen, im zwanzigsten Jahr des Bestehens ihrer Organisation zu einer gemeinsamen Preispolitik zurückzukehren.

Die Verwirklichung der Vorschläge, die im Rahmen der Überlegungen zur künftigen Preispolitik für Rohöl gemacht wurden, setzt allerdings voraus, daß sich die Beteiligten zunächst über die Basis einigen, von der ausgegangen werden soll. Ob die Einigung auf einen Mindestpreis von 32 \$ daran etwas ändern wird, ist

zweifelhaft. Denn das würde bedeuten, daß die Hochpreisländer ihre Preise zurücknehmen, zumindest aber für längere Zeit stillhalten müßten. Nach den bisherigen Erfahrungen werden sie dazu wenig Anlaß haben. ma

### DDR

#### Völlig neue Lage

Gegenwärtig beeinflussen außenwirtschaftlich bedingte Sachzwänge die Wachstumschancen der DDR-Wirtschaft. Die Preisexplosion für Roh- und Brennstoffe auf dem Weltmarkt trifft die DDR aufgrund ihrer Rohstofflage und der starken Abhängigkeit von Außenmärkten besonders stark. Gegenüber 1970 muß sie allein zur Bezahlung ihrer Erdölimporte dreimal mehr Maschinen und Ausrüstungen exportieren. Schon in der gegenwärtigen V. Fünfjahrplanperiode (1976-1980) kann das developmentpolitische Konzept nicht durchgehalten werden.

Auch ohne seherische Fähigkeiten kann man konstatieren, daß der VI. Fünfjahrplan ganz im Zeichen der außenwirtschaftlichen Probleme stehen wird. Honecker gab bereits auf dem 11. Plenum des ZK der SED (14. 12. 1979) deutlich die Besorgnis der Parteiführung kund: „Wir haben es nicht nur mit einer weiteren Verschärfung der ohnehin komplizierten Situation zu tun. Es entsteht für uns eine neue Lage“. In der ersten Hälfte der 80er Jahre ist deshalb mit einer erheblichen Exportoffensive bei gedrosseltem Importwachstum zu rechnen. Die Priorität der Exportförderungsstrategie hat aber Konsequenzen für die inländische Güterbereitstellung. Kommt es zu einer erheblichen Drosselung der Investitionen wie z. B. im laufenden Planjahr, so sind bei gleichzeitigen Importbeschränkungen negative Auswirkungen auf das binnenländische Wachstum nicht auszuschließen. Dies führt, zeitversetzt, auch zu Schwierigkeiten bei der Ausweitung des DDR-Exportangebots.

Der einzuschlagende Wachstumspfad der DDR wird wesentlich von der Entwicklung der Terms of Trade und somit auch vom Preisbildungsmechanismus im RGW abhängen. Bleibt es während der neuen Fünfjahrplanperiode bei der Preisbildung auf Basis gleitender Fünfjahresdurchschnitte, so wird die DDR – weiterhin steigende Energie- und Rohstoffpreise unterstellt – auch zukünftig relativ günstig gestellt sein. Sollten sich aber Spekulationen über schnellere Preisadjustierungen im RGW bewahrheiten, verschärfen sich die Probleme der DDR weiter. Dann dürfte sich für die DDR eine völlig neue Lage ergeben. pl